

Mai 2021

# Länderbericht

Länderbüro Polen



## Polens Regierung plant Post-Covid-Ära

### „New Deal“ und nationaler Wiederaufbauplan könnten der Regierungspartei Aufwind geben

David Gregosz, Thomas Behrens

Die Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* („Prawo i Sprawiedliwość“, PiS) baut an der postpandemischen Zukunft Polens. Mit einem ambitionierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzept in Verbindung mit europäischen Wiederaufbaumitteln will man das Elektorat neuerlich überzeugen. Als schwierig erwies sich, dass ein Koalitionspartner, *Solidarisches Polen* („Solidarna Polska“), und weite Teile der Opposition sich gegen die Pläne stellten. Aus dieser machtpolitischen Klemme konnte Ministerpräsident Morawiecki die PiS führen, indem er ein Zweckbündnis mit der oppositionellen *Linken* („Lewica“) einging. Im Ergebnis könnte die PiS gestärkt aus den Machtkämpfen der vergangenen Wochen hervorgehen.

#### Aufbruch in eine „neue Ordnung“

Polens regierende Partei *Recht und Gerechtigkeit* plant derzeit unter der strategischen Führung ihres Vorsitzenden, Jarosław Kaczyński, die so genannte **„polnische neue Ordnung“** („**Polski Nowy Ład**“). Hinter diesem politischen Slogan verbirgt sich ein umfassendes Programm für den sozioökonomischen Aufbruch des Landes nach der Corona-Pandemie. Die PiS, die das von Ministerpräsident Morawiecki geleitete Regierungsbündnis *Vereinigte Rechte* („Zjednoczona Prawica“) mit den Koalitionspartnern *Solidarisches Polen* sowie *Verständigung* („Porozumienie“) anführt, erhofft sich von diesem programmatischen Konzept einen signifikanten Impuls für die Wirtschaft und neuen Zuspruch der Wählerschaft, die den Parteienstreit argwöhnisch begleiten. Offiziell spricht die PiS von „Vorstellungen und Vorschlägen für viele Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens“. Auf der eigens eingerichteten Internetplattform heißt es wörtlich: „Dies ist unsere Antwort auf die post-Covid-Realität.“<sup>1</sup>

Aber nicht nur dieses prägnante Statement lässt auf die überragende Bedeutung schließen, die die PiS dem Konzept beimisst. Es ist gerade der auffällige Programmtitel – „Nowy Ład“ –, der sich nicht nur als „Neue Ordnung“ übersetzen und verstehen lässt, sondern auch als **„New Deal“**. Eine Anspielung auf den „American New Deal“, das geschichtsträchtige Programm von US-Präsident Roosevelt, welches dieser zwischen 1929 und 1935 zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise initiierte, um seinerzeit – mittels Staatinterventionismus, umfassend und pro-sozial – die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der Vereinigten Staaten radikal zu verändern.<sup>2</sup>

Polens „New Deal“ allerdings ist bisher nur angekündigt. Die Inhalte des Konzepts sollten der breiten Öffentlichkeit am 20. März durch die Spitzen der Partei selbst, Kaczyński und Morawiecki, medienwirksam vorgestellt werden. Doch die dritte Welle der Pandemie

<sup>1</sup> Offizielle Internetseite der PiS zur „Neuen Ordnung“: <http://polskinowylad.pis.org.pl/>.

<sup>2</sup> Vgl. OKO.press, „Morawiecki wie Roosevelt?“, vom 22.03.2021: <https://oko.press/morawiecki-jak-roosevelt-do-czego-nawiazuje-polski-nowy-lad-pis/>.

durchkreuzte diese Pläne. Mit Blick auf die sich parallel rasant verschlechternde pandemische Situation beschloss die Partei eine Verschiebung<sup>3</sup> der großangelegten Präsentation; unbestätigten Angaben zufolge soll diese nun am 14. Mai<sup>4</sup> stattfinden. Doch wesentliche Kernpunkte des Programms, die als Stichworte im Rahmen eines offiziellen PiS-Videoclips<sup>5</sup> über die Sozialen Kanäle verbreitet, sowie Details, die bereits in Presseberichten skizziert wurden, lassen heute schon ein grobes Bild erkennen.

## Erste bekannte Inhalte des „New Deal“

Der polnische „New Deal“ soll aus etwa 100 Projekten bestehen, die sich über zehn Schlüsselbereiche erstrecken. Überschieden sind diese von der PiS wie folgt: ‚Plan für Gesundheit‘, ‚Faire Arbeit – menschenwürdige Entlohnung‘, ‚Die Dekade der Entwicklung‘, ‚Familie und Heim im Mittelpunkt des Lebens‘, ‚Polen – unser Land‘, ‚Freundliche Schule und Kultur im neuen Jahrhundert‘, ‚Gutes Klima für Unternehmen‘, ‚Saubere Energie, saubere Luft‘, ‚CyberPoland 2025‘ und ‚Der goldene Herbst des Lebens‘.<sup>6</sup>

Im Fokus bisheriger Verlautbarungen und Medienberichte stehen vor allem angedachte Reformen im Steuerrecht. Nach inoffiziellen Angaben plant die PiS u. a. Regeländerungen betreffend die Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen, eine Erhöhung des Steuerfreibetrags, die Anhebung der Steuerbemessungsgrenze, sowie de facto eine Steuerbefreiung für Rentner. Auch ist von stärkerer Unterstützung für Familien (etwa in Form zusätzlicher Kita-Plätze), der Landwirte sowie von Vorschlägen zur Verbesserung der Situation im Wohnungsbau die Rede.<sup>7</sup>

Aus der Vielfalt der genannten Überschriften und Ansätze ist ablesbar, dass die Reformen, sollten sie Umsetzung finden, tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen zeitigen werden. Alleine im Bereich der Steuern sollen etwa 17 Millionen Polen betroffen sein.

## Harte Steuerreformen zu Lasten von Selbstständigen und Besserverdienenden

Im Detail betrachtet sind die drei Hauptveränderungen im Steuerrecht besonders bemerkenswert. Erstens ist vorgesehen, den Abzug von Beiträgen zur Gesundheitsfürsorge im Rahmen der Einkommenssteuer abzuschaffen oder deutlich zu reduzieren. Zweitens ist die Erhöhung des jährlichen Steuerfreibetrags auf 30.000 PLN angedacht, was nach Schätzungen zur Folge hätte, dass eine Person mit 30.000 PLN Jahresgehalt (das entspricht in etwa einem Monatsgehalt von 2.500 PLN) nach Einführung der Reform 1.900 PLN mehr behielte als heute (wobei im Rahmen derartiger Berechnungen aber die Gesundheitsbeiträge sodann vollständig und zusätzlich zum gesamten Einkommen zu zahlen wären). Auch würde die radikale Erhöhung des Freibetrags im Ergebnis die Befreiung von der Einkommensteuer bezüglich Renten und Pensionen bis zu 2.500 PLN monatlich bedeuten. Und in einem dritten Schritt soll zusätzlich die Steuergrenze von derzeit 85.000 PLN auf 120.000 PLN angehoben werden; eine

<sup>3</sup> Tatsächlich sieht sich Polen derzeit im Gesundheitssystem aufgrund der dritten Welle der Coronapandemie seit März mit katastrophalen Zuständen konfrontiert, die alle anderen politischen Themen in den Hintergrund drängen; hierzu eingehend die Berichterstattung in „Die Welt“, „Wir können nicht mehr“, vom 20.04.2021: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus230490665/Corona-in-Polen-Wir-koennen-nicht-mehr-Das-ist-ein-Massaker.htm>. Viele Beobachter sehen aber auch die vorrangige mediale Berichterstattung über die Affäre um Daniel Obajtek, den Vorstandsvorsitzenden des mehrheitlich vom Staat gehaltenen Polnischen Mineralölkonzerns Orlen, als Grund für die Verschiebung der „New Deal“-Präsentation durch die PiS.

<sup>4</sup> <https://www.wprost.pl/polityka/10442744/kiedy-prezentacja-nowego-ladu-nieoficjalne-doniesienia-mowia-o-14-maja.html>.

<sup>5</sup> PiS-Video zur „Neuen Ordnung“, vom 13.3.2021: <http://pis.org.pl/aktualnosci/spot-20-marca-czas-na-polskinowylad>.

<sup>6</sup> Polsat-News vom 22.04.2021: <https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2021-04-22/polski-nowy-lad-wiemy-kiedy-prezentacja-programu-pis/>.

<sup>7</sup> OKO.press, „30.000 PLN als steuerfreier Betrag?“, vom 15.03.2021: <https://oko.press/30-tys-zi-kwoty-wolnej-od-podatku-pis-skoczylyby-na-glowe-do-plytkiej-wody/>; Gazeta Prawna, „Der neue polnischen Deal“, vom 07.04.2021: <https://podatki.gazetaprawna.pl/artykuly/8135395,nowy-polski-lad-zalozenia-rewolucja-podatkowa-praca-inwestycje.html>.

Änderung, die als erste Neuerung dieserart seit über 12 Jahren berichtet wird. Die Anhebung der Steuergrenze wird dabei als Ergänzung zur Reform des ersten Einkommensteuersatz verstanden, der in Polen bereits im Jahr 2019 von 18% auf 17% gesenkt wurde. Zusätzlich soll nun auch erwogen werden, den Einkommensteuersatz künftig für diejenigen, die mehr als 120.000 PLN Jahresgehalt beziehen, von gegenwärtig 32% auf 41% zu erhöhen.

Berechnungen zufolge werden allein die Änderung der Regeln bezüglich des Abzugs von Krankenversicherungsbeiträgen für etwa 3 Mio. Einzelunternehmer eine einschneidende, zusätzliche Belastung bedeuten, insofern die Leistung eines zusätzlichen einkommensabhängigen Beitrags verpflichtend wird. Es wird nicht mehr möglich sein, diese Art Beiträge steuerlich abzuschreiben. Sollte die Reform in Kraft treten, werden vor allem für Personen mit einem Einkommen von mehr als 75% des Durchschnittslohns die Abgaben höher sein als heute. Allgemeiner Tenor ist es daher, dass die Steuervorschläge überwiegend für Besserverdienende und Selbstständige ungünstig sein werden.

Sollten die genannten Lösungsansätze bestätigt werden, kämen sie einer „Revolution“ im Abgabewesen gleich und würden eine beachtliche Umverteilung der Lasten bedeuten. Nutznießer der Reformen werden Bürger mit einem Einkommen im Bereich des Mindestlohns sein sowie die Gruppe der Rentner.

Seitens der Autoren der Reformen erscheint gerade dies beabsichtigt. So sprach Morawiecki mit Blick auf die Konzeption der PiS: „Die Neue Polnische Ordnung ist der Bau eines Hauses für alle Polen, (...) der beste Ort zum Leben in Europa (...)“ Der „New Deal“ sei „ein umfassendes Dokument, das aus mehreren sehr wichtigen, großen Abschnitten besteht, die einerseits durch eine Vision, eine Philosophie der Herangehensweise (...) sehr stark miteinander verbunden sind - das heißt, ein Staat, der stark und entschlossen gegenüber den Reicheren und denjenigen ist, die mehr leisten können, und ein Staat, der verständnisvoll und unterstützend gegenüber den Schwächeren ist.“<sup>8</sup>

Deutlich wird anhand dieser Ausführungen, dass der Ministerpräsident die „neue Ordnung“ gezielt in die Linie der bisherigen Sozialpolitik der PiS einpasst, für die symbolisch in den vergangenen Jahren wirkmächtige Projekte wie das Kindergeldprogramm „500Plus“ stehen.

Flankiert und gestärkt wird dieser Ansatz im „New Deal“ von weiteren, bereits früher angedachten Bestrebungen der PiS, die u. a. auch nationale Motive betonen. So wird erneut die Idee verfolgt, polnische Emigranten zur Rückkehr zu bewegen. Vorgesehen ist, dass es nach Polen heimkehrenden Bürgern ab 2022 möglich sein soll, in der Steuererklärung einmalig eine um 50.000 PLN niedrigere Steuerpflicht anzugeben, und im darauffolgenden Jahr die Gelegenheit zu nutzen, dass die Steuerbemessungsgrundlage um 50 Prozent niedriger liegt.

Ein weiterer starker Schwerpunkt soll auf dem Thema Lohngleichheit liegen. Hierbei soll beispielsweise ein Arbeitnehmer eines Unternehmens mit mehr als 250 Mitarbeitern verlangen können, dass der Arbeitgeber innerhalb eines Monats begründet, worauf sein aktueller Verdienst beruht. Es soll auch ermöglicht werden, Informationen über den durchschnittlichen Verdienst von Personen des anderen Geschlechts, die eine ähnliche Arbeit verrichten, anzufordern.

Und ein nicht minder wichtiges Thema des „New Deal“ wird das öffentliche Investitionsprogramm sein. In diesem Zusammenhang wird die Einrichtung eines Fonds erwogen, der von der polnischen staatlichen Entwicklungsbank („Bank Gospodarstwa Krajowego“) verwaltet wird. Das Geld soll aus der Ausgabe von Entwicklungsanleihen stammen. Dies könnte eine zweite Säule der Investitionsfinanzierung sein; neben den 770 Mrd. PLN aus der EU-Kohäsionspolitik und dem Wiederaufbaufonds. Zudem soll eine so genannte Investitionszulage in Erwägung gezogen werden. Diese soll Verluste ausgleichen, die den Kommunen durch die Änderungen der Einkommenssteuer entstünden.

---

<sup>8</sup> News bei wnp.pl vom 08.04.2021: <https://www.wnp.pl/parlamentarny/spoleczenstwo/morawiecki-nowy-polski-lad-to-budowa-domu-dla-wszystkich-polakow,135057.html>.

Bei all diesen Lösungen, Ideen und Vorschlägen allerdings, so die wichtige und grundsätzliche Anmerkung in den Medien, bleibt die endgültige Fassung des „New Deal“ abzuwarten. Änderungen im Programm sind weiter möglich, wenn auch grundlegende Details von Gesprächspartnern aus dem Regierungslager inoffiziell bestätigt und Konzept wie Präsentation bereits fertig sein sollen.

Die Inhalte des „New Deal“ bzw. der „neuen Ordnung“ für ein Polen nach Corona sind aber nicht der einzige wichtige Impuls, auf den das Land gerade wartet. Vielmehr ist dieses Programm in Zusammenhang zu sehen mit dem „Nationalen Wiederaufbauplan“, der dieser Tage von der Regierung vorgelegt und beschossen wurde.

## Polens Wiederaufbauplan – Bedeutung und Inhalte

Polen ist einer der größten Nutznießer des EU-Haushalts 2021-2027 und des damit verknüpften Wiederaufbaufonds. Entsprechend der von den EU-Staats- und Regierungschefs 2020 beschlossenen Maßnahmen sind für das Land in den kommenden sieben Jahren aus allen EU-Quellen im Rahmen des europäischen Wiederaufbaufonds („*Next Generation EU*“) Mittel in Höhe von 170,8 Mrd. EUR vorgesehen.

Der **Nationale Wiederaufbauplan** („*Krajowy Plan Odbudowy*“, KPO), den Polen als Eigenmittelbeschluss wie jeder EU-Mitgliedstaat bis Ende April 2021 der EU-Kommission vorlegen musste, bildet die Voraussetzung für die Erteilung von finanziellen Mitteln aus dem größten Teil des Europäischen Wiederaufbaufonds, dem so genannten „*Recovery and Resilience Facility*“ (RRF). Für Polen geht es dabei um sehr viel Geld. Von EU-weit insgesamt 723,8 Mrd. EUR im RRF würden dem Land für den Wiederaufbau und die Stärkung der Immunität national 58,1 Mrd. EUR zur Verfügung stehen – 23,9 Mrd. EUR in Form von Subventionen sowie 34,2 Mrd. EUR über Darlehen.<sup>9</sup> In welchen spezifischen Reformen, Programmen und Investitionsprojekten die zur Verfügung gestellten EU-Mittel umgesetzt werden, gilt es seitens der Regierung im KPO festzulegen. Nachdem lange Zeit nur der unverbindliche Entwurf von Februar bekannt war, wurde Ende April der 498-seitige Text des KPO veröffentlicht<sup>10</sup>, dessen Übersendung nach Brüssel die EU-Kommission am 3. Mai 2021 bestätigte<sup>11</sup>. Zu erkennen gibt dieses Dokument, welchen Inhalten die polnische Regierung höchste Priorität beimisst.

Im Fokus stehen fünf Bereiche<sup>12</sup>: Die **Erhöhung der Belastbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft**, die **Energiewende**, die **digitale Transformation**, die **Erhöhung der Kapazitäten und der Qualität im Gesundheitssystem** sowie **grüne und intelligente Mobilität**:

- › **Zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sind 4,7 Mrd. EUR eingeplant.** Ein neues Gesetz zur Raumplanung, die Erstellung von Flächenplänen durch lokale Behörden und die Vorbereitung und Erschließung von Grundstücken für Investitionen steht dabei ebenso an, wie die zusätzliche finanzielle Unterstützung von Unternehmen. Kernthemen sind die Kofinanzierung von Investitionen für von der Pandemie betroffene Branchen in Höhe von 500 Mio. EUR, die finanzielle Unterstützung des Agrar- und Lebensmittelsektors mit weiteren 1,3 Mrd. EUR und mindestens 1,2 Mrd. EUR für Firmen, die in

<sup>9</sup> <https://www.gov.pl/web/planodbudowy/czym-jest-kpo2>. Zur Einordnung: Das polnische Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2019 belief sich auf 532 Mrd. EUR; somit machten die EU-Hilfen allein mehr als 10% der gesamten polnischen Wirtschaftsleistung aus.

<sup>10</sup> „Krajowego Planu Odbudowy“ (KPO), online unter: <https://www.gov.pl/web/planodbudowy/czym-jest-kpo2>.

<sup>11</sup> European Commission, „RRF: Poland submits official recovery and resilience plan“, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_21\\_2221](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_2221); hier auch Angaben zum weiteren Verfahren.

<sup>12</sup> Vgl. Polityka Insight, zwei Analysen zum Thema, was im KPO enthalten ist – sowohl im Entwurf von Februar 2021 als auch im final bei der EU-Kommission eingereichten Dokument von Ende April 2021, siehe: <https://www.politykainsight.pl/gospodarka/politykagospodarcza/2106759,1-co-zawiera-projekt-krajowego-planu-odbudowy.read> sowie <https://www.politykainsight.pl/gospodarka/politykagospodarcza/2116133,1-co-zawiera-polski-kpo.read>.

moderne Technologien investieren. In einem über Darlehen finanzierten Teil werden 150 Mio. EUR für die verstärkte Nutzung von Satellitendaten, u. a. zur Überwachung von Wetterrisiken, bereitgestellt. Zu den Plänen der Regierung gehören auch Reformen, die die Stabilität und Transparenz der öffentlichen Finanzen stärken, die Regulierungslast verringern und die Rolle öffentlicher Konsultationen bei der Gesetzgebung stärken sollen.

- **Die Energiewende soll beschleunigt werden durch mehr grüne Energie und Energieeffizienz; Veranschlagt sind hierfür 14,5 Mrd. EUR.** Mit den Krediten werden der Ausbau der Offshore-Windenergie (3,25 Mrd. EUR) und die grüne Transformation der Städte (2,8 Mrd. EUR) finanziert, darunter auch der "grüne Mehrfamilienhausbau" (1,2 Mrd. EUR an Fördermitteln für 75.000 Wohnungen). Die Regierung plant die Einrichtung eines Green Urban Transformation Fund, der von den lokalen Regierungen mitverwaltet wird. Die Kreditkomponente umfasst auch die Unterstützung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft in ländlichen Gebieten (667 Mio. EUR). Die Summe der Zuschüsse für die Entwicklung von Wasserstofftechnologien beläuft sich auf 897 Millionen EUR.
- **Die digitale Transformation wird mit 4,9 Mrd. EUR subventioniert.** Hier wird die Regierung 1,2 Mrd. EUR verwenden, um den Anteil der Haushalte mit Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet von rund 65% auf über 80% zu erhöhen. 1,4 Mio. EUR werden den Aufbau von 5G-Netzen finanzieren - dieses Geld wird unter anderem für Darlehen und Subventionen für Telekommunikationsunternehmen verwendet. 1,25 Mrd. EUR (davon 700 Mio. EUR aus Darlehen) sind für die Entwicklung der digitalen Infrastruktur in Schulen eingeplant - der Schwerpunkt hier liegt auf Investitionen in Einrichtungen, in denen das Niveau dieser Infrastruktur derzeit am niedrigsten ist. Und es fließen Mittel in die Stärkung digitaler Kompetenzen unter Bürgern, Unternehmern, Angestellten und Lehrern sowie in Investitionen zur Erhöhung der Cybersecurity.
- **Ebenso bedeutend sind Effizienz, Zugänglichkeit und Qualität im Gesundheitswesen; hier ist eine Unterstützung i. H. v. 4,54 Mrd. EUR vorgesehen.** Die Grundlage für Reformen und Investitionen in diesem Bereich bildet die Strategie für das Gesundheitswesen für die Jahre 2021-2027. Im Fokus stehen die Modernisierung von Gesundheitseinrichtungen (etwa der Ausbau der Infrastruktur u. a. in der Onkologie, Psychiatrie und Geriatrie) mit Mitteln i. H. v. 1,158 Mrd. EUR und die weitere Digitalisierung des Gesundheitswesens (0,2 Mrd. EUR). Weitere Themen sind die Erhöhung der Studentenzahl an medizinischen Fakultäten, die Modernisierung der Universitäten und die Schaffung eines Analysezentrum der höchsten Biosicherheitsstufe zur Erhöhung der Seuchensicherheit in Polen. 150 Mio. EUR an Krediten und bis zu 700 Mio. EUR an Zuschüssen sollen an die Kreiskrankenhäuser gehen (dies etwa war so im früheren KPO-Entwurf von Februar nicht enthalten).
- **Und auch grüne, intelligente Mobilität soll gefördert werden – mit 7,3 Mrd. EUR.** Dies umfasst z. B. die Förderung von Unternehmen mit Niedrigemissionswirtschaft (1,16 Mrd. EUR) und von emissionsfreiem öffentlichem Verkehr (1,1 Mrd. EUR). Das Elektromobilitätsgesetz soll zur Erhöhung des geforderten Anteils ökologischer Fahrzeuge bei öffentlichen Beschaffungen novelliert werden. Weitere Investitionen betreffen u. a. den Ausbau von Bahnstrecken (2,39 Mrd. EUR), den Kauf von Zügen (965 Mio. EUR; wovon etwa die Hälfte auf die PKP Intercity entfällt) sowie intermodale Mobilität (185 Mio. EUR). Und 200 Mio. EUR der Kredite sollen für den Kauf von knapp 110 Straßenbahnen verwendet werden.

Entlang dieser Inhalte plant die PiS, die Mittel des europäischen Wiederaufbaufonds den von der Pandemie betroffenen Unternehmen und Institutionen zur Verfügung zu stellen; wohlwissend, dass es zur Aktivierung der Gelder – wie in jedem anderen europäischen Mitgliedstaat – der gesetzlichen Ratifizierung des Wiederaufbaufonds bedarf. So sollen die Mittel aus dem KPO als kurzfristige, schnelle und effektive Wirtschaftshilfen in der Pandemie dienen, zugleich aber in der Koalition eine positive Einstellung zugunsten der perspektivischen, sozioökonomisch richtungsweisenden Reformideen der PiS im „New Deal“ entfachen. Womit die PiS aber wohl nicht rechnete, war eine unüberwindbare Totalverweigerung eines ihrer Koalitionspartner, der europafeindlichen Partei „Solidarisches Polen“.

## Machtkämpfe über Wochen

Machtpolitische Auseinandersetzungen prägten daher über Wochen die innenpolitischen Diskussionen in Warschau – zum einen im Regierungslager der Vereinigten Rechten, zum anderen zwischen PiS und Opposition.

Der Streit im Regierungslager entzündete sich an der – bis heute nicht aufgegebenen – Position des Vorsitzenden von *Solidarisches Polen* und Justizministers, Zbigniew Ziobro; auch über Grenzen hinweg bekannt für sein unnachgiebiges Projekt der polnischen Justizreform. Er sieht in der Annahme des Eigenmittelbeschlusses (der von der Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Mitgliedstaaten ausgeht) einen Schritt zum Aufbau eines europäischen Superstaates und eine Bedrohung der polnischen Souveränität. Beobachter werten dies als Versuch, sich innerhalb der Regierung von der PiS zu unterscheiden. Die PiS versuchte diesbezüglich zunächst auf Zeit zu spielen, wollte man doch ohnehin nicht in der ersten Reihe der Euroenthusiasten stehen, die Ratifikation also nicht allzu schnell vorantreiben. Doch die kurzfristige Streichung des Gesetzes zum Wiederaufbaufonds Mitte April von der Agenda im Ministerrat trotz vorheriger Ankündigung ließ die Gräben in der Koalition erahnen.

Ohnehin ist die *Vereinigte Rechte* eine Koalition ohne jegliches Vertrauen der Partner untereinander. Das liegt nicht allein an Ziobros Anfeindungen gegen die Europapolitik von Premier Morawiecki mit Blick auf die Energie- und Klimapolitik, die gegenüber Brüssel zu unterwürfig sei. Auch das Verhältnis der PiS zur *Verständigung* und deren Vorsitzenden Jarosław Gowin ist gestört; mindestens seit Letzterer vor Jahresfrist Kaczyński bei dessen Versuch in den Arm viel, den Termin der Präsidentschaftswahl am 10. Mai inmitten der Corona-Pandemie gegen alle Widerstände mittels Briefwahl durchzusetzen. Was einen Bruch der Koalition nun verhinderte, war wohl die Tatsache, dass derzeit keine der drei Parteien angesichts schlechter Umfragewerte ein Interesse an vorgezogenen Parlamentswahlen haben kann. Dieser kleinste gemeinsame machtpolitische Nenner war auch das dürftige Ergebnis eines Treffens der drei Parteivorsitzenden am 25. April; einen Durchbruch im Sinne einer gemeinsamen Befürwortung der Ratifikation des Wiederaufbaufonds aber gab es nicht.

Und in diese Kerbe schlug die Opposition, allen voran deren größte Partei, die *Bürgerplattform* („Platforma Obywatelska“, PO). Diese suchte erst im Februar, anlässlich ihres 20jährigen Bestehens, auf einem virtuellen Parteitag unter dem Slogan „Koalition 276“ den Zusammenschluss einer breiten Opposition gegen die PiS, bestehend aus *Bürgerkoalition* („Koalicja Obywatelska“, KO), *Polnischer Volkspartei* („Polskie Stronnictwo Ludowe“, PSL), der *Linken* („Lewica“) und der derzeit besonders populären Gruppierung um Szymon Hołownia namens *Polen 2050* („Polska 2050“). Aktuell einig war man sich nun in der Einschätzung, die Regierung werde die Gelder aus dem Wiederaufbaufonds und dem EU-Haushalt ganz überwiegend nur für PiS-nahestehende Projekte freigeben, sei deshalb auch erpicht, endgültige Details des KPO nicht öffentlich bekanntzugeben und werde die Selbstverwaltung und die großen Städte, in denen die Opposition an der Macht ist, zugunsten strukturschwacher Regionen hart benachteiligen. Daher bemühte sich die PO, alle Kräfte zu bündeln, um PiS auch von dieser Seite aus unter Druck zu setzen und die Regierungskoalition ob ihres Streites zu spalten. Zwar unterstützen die Parteien außerhalb der Regierungslagers (mit Ausnahme der rechten Konföderation („Konfederacja“)) Europa; doch die Mehrheiten zur Ratifikation sollte die PiS selbst erbringen. Diesem Ansatz blieb der Erfolg allerdings versagt.

## Ausweg aus der Klemme – Morawiecki und Linke erzielen Einigung

Die jüngste Entwicklung, eine Übereinkunft der PiS mit der oppositionellen *Linken* am 27. April, bot der Regierung den Weg für die Ratifizierung des Wiederaufbaufonds. Zwar galt ein Szenario des Scheiterns im Sejm angesichts des inmitten der Pandemie für Polen und die gesamte EU so ungemein wichtigen Abkommens auch zuvor als unwahrscheinlich. Doch erst die Einigung beim Treffen zwischen dem Ministerpräsidenten und der *Linken*, die im Sejm 46 Abgeordnete stellt, machte den Ausweg aus der machtpolitischen Zwickmühle für die PiS möglich.

„Die Regierung“, so hieß es unmittelbar nach der Einigung über die Sozialen Medien der Oppositionspartei, „hat die Forderungen der Linken zum Wiederaufbauplan akzeptiert.“<sup>13</sup> Morawiecki, der den KPO mit dem Marshallplan verglich, habe zugesichert, folgende sechs Punkte in den endgültigen Eigenmittelbeschluss aufzunehmen: Die Zurverfügungstellung von mindestens 30% der KPO-Mittel an lokale Regierungen; den Bau von 75.000 bezahlbarer Mietwohnungen; die Unterstützung von Kreiskrankenhäusern i. H. v. 800 Mio. EUR; sichere 300 Mio. EUR für von der Pandemie betroffene Unternehmen; die Einrichtung eines Begleitausschusses zur Überwachung der Ausgaben aus dem Wiederaufbaufonds; die Vorlage eines detaillierten Plans über die Verwendung der Mittel aus dem Anteil von Darlehen.

Die wichtigsten Zugeständnisse betreffen sicher die Erstellung des Ausgabenplans und die Einrichtung eines Kontrollausschusses, in dem auch Vertreter der Opposition, der lokalen Regierungen, der Gewerkschaften u. a. vertreten sein werden. Da die genannten Forderungen nun tatsächlich im KPO enthalten sind<sup>14</sup>, wird die Linke fortan betonen, die Genehmigung des dringend benötigten EU-Wiederaufbaufonds beschleunigt zu haben, und bestrebt sein, sich als erste Kraft der Opposition zu postulieren. Erste Rechtfertigungen der Zusammenarbeit mit der PiS gingen bereits in diese Richtung: Man habe zwar nach wie vor ein schlechtes Bild von der Regierung, aber es gebe Dinge, über die man auch mit Menschen sprechen müsse, die man nicht möge. Hier gehe es für das Land um rund 250 Mrd. PLN – Gelder, die größtenteils die nächste Regierung ausgeben werde. Kommentare aus dem Lager der PO lauteten demgegenüber, die Linke habe Verrat begangen an der Opposition und an der Demokratie.

Die PO selbst wiederum, wie auch die PSL, machte selbige Entwicklung zu Gefangenen. Ihr gemeinsamer Widerstand mündete nicht den Zusammenbruch der Regierung. Stattdessen sahen sie sich vor die Entscheidung gestellt, doch mit zuzustimmen, die Abstimmung zu boykottieren, sich der Stimme zu enthalten oder letztlich auf einer Seite zu stehen neben Ziobros Partei *Solidarisches Polen* und der auch im Sejm vertretenen anti-europäischen und anti-systemischen *Konföderation*. Eine IBRIS-Umfrage vom 28. April verdeutlichte dieses Dilemma: Danach vertraten 66,3% der Befragten die Ansicht, die Opposition solle gemeinsam mit der PiS abstimmen, um eine rasche Schaffung des Wiederaufbauplans zu ermöglichen.

## PiS als Gewinner – womöglich längerfristig?

Was sich somit abzeichnete, wurde in den vergangenen Tagen zur Realität: Die PiS und ihr Vorsitzender Kaczyński konnten einen großen Erfolg verzeichnen. Der Übersendung des KPO durch die polnische Regierung an die EU-Kommission folgte am 4. Mai im Sejm die Ratifizierung des EU-Wiederaufbaufonds. In einer Sondersitzung des polnischen Parlaments stimmten 290 Abgeordnete (der PiS, der Linken und auch der PSL) für den EU-Wiederaufbaufonds, 33 dagegen, und 133 Abgeordnete (darunter 127 der KO) enthielten sich der Stimme. Dabei gerieten für den Moment die Ambitionen von *Solidarisches Polen*, aus der eigenen euroskeptischen Identität politische Bedeutung zu generieren, zur Nebensache und die zerstrittene Opposition zieht derweil medial alle negative Aufmerksamkeit auf sich.

Bei weitem bedeutsamer allerdings sind die Aussichten, auf die *Recht und Gerechtigkeit* für die kommenden Wochen und Monate rechnen darf. Der seit einiger Zeit schwelende interne Streit im Lager der *Vereinigten Rechten* lässt sich womöglich etwas eindämmen.<sup>15</sup> Die Aktivierung der so wichtigen EU-Mittel, mit deren Hilfe die PiS-geführte Regierung der Wirtschaft in Zeiten der Pandemie auf Sicht den erhofften wie dringenden Impuls leisten kann, wird die Partei aller

<sup>13</sup> News von Klub Lewica, vom 27.04.2021: <https://klub-lewica.org.pl/aktualnosci/1722-rzad-zaakceptowal-warunki-lewicy-w-sprawie-krajowego-planu-odbudowy>.

<sup>14</sup> Zwar üben die oppositionelle KO und PSL hieran berechtigte Kritik, indem sie feststellen, dass der kontrollierende Begleitausschuss nun gemäß KPO in dieser Form eingerichtet wird, aber weder die Proportionen dieses Gremiums noch die Kompetenzen oder Entscheidungsgrundsätze definiert. Doch die Linke gibt sich mit der erreichten Zusage zufrieden.

<sup>15</sup> So kommentierte der stellvertretende Ministerpräsident Gowin, Vorsitzender der *Verständigung* („Porozumienie“), die Abstimmung bereits mit der Einschätzung, die Vereinigte Rechte habe das Schlimmste hinter sich, die größte Streitachse sei verschwunden und bis zur Wahl 2023 werde es keine scharfen Auseinandersetzungen mehr geben.

Voraussicht nach in Kürze bewirkt haben; schon jetzt erwarten Analysten alleine für die kommenden fünf Jahre einen Anstieg des polnischen BIP aufgrund des nationalen Wiederaufbauplans um 1,6%.<sup>16</sup> Und in den kommenden Tagen, die geprägt sein werden von den Lockerungen, die angesichts einer tendenziell verbesserten Pandemie-Situation für Mai dieser Tage bereits verkündet wurden und die Stimmung in der Öffentlichkeit verbessern sollen, könnte dann der nächste Schritt erfolgen: Die Verkündung der Grundsätze für Polens umfassenden „New Deal“. Die PiS hätte dann das Momentum auf ihrer Seite und könnte die sozioökonomische „neue Ordnung“ angehen.

Bekannt wurde vergangene Woche, dass Recht und Gerechtigkeit jetzt eine politische Kampagne im Kontext der finanziellen Mittel aus Brüssel starten will, die den Slogan haben soll: „Polen zählt“. Orchestrieren wird diese sicher die mediale Präsentation der Details der „neuen Ordnung“ für ein Polen nach Corona im Mai. Und für Ende Juni, als weiterer Höhepunkt vorgesehen, ist der Parteikongress der PiS, der sich mit Fragen der Parteistatuten und der Wahl der Führungsgremien befassen wird.

Sollte es der Partei gelingen, diesen konzeptuellen Bogen inhaltlich, organisatorisch und medial erfolgreich zu schlagen, könnte sie im Herbst, wenn womöglich die Mehrheit der Polen gegen das Coronavirus geimpft ist und sich die Lage im Land noch signifikanter gebessert hat, gestärkt aus den turbulenten Zeiten dieses Frühjahrs hervorgehen. Das schlechte Management der Corona-Pandemie, das momentan vielfach beklagt wird, könnte derweil in Vergessenheit geraten. Und auch die Gelder zur (zumindest teilweisen) Finanzierung der Versprechungen des „New Deal“ entlang der sozioökonomischen Vorstellungen der PiS, zielgenau formuliert mit Blick auf das Elektorat der Partei, wären für die kommenden Jahre aus EU-Haushalt und Wiederaufbaufonds vorhanden und könnten die Machtbasis der PiS trotz fortwährender inhaltlicher und personeller Koalitionsstreitigkeiten stabilisieren. Die fragmentierte Opposition hat es in dieser Situation schwer, weil die Bürgerkoalition (KO) trotz intensivem Bemühen nicht zum Wähler durchdringt und die Begeisterung für Szymon Hołownias neue Bewegung bzw. Partei *Polen 2050* („Polska 2050“) nachlassen dürfte.

---

<sup>16</sup>Vgl. Polityka Insight vom 05.05.2021 zu wirtschaftlichen Prognosen aufgrund des KPO: [https://www.politykainsight.pl/en/business/economicpolicy/2117085,1,what-benefits-does-the-government-expect-from-the-kpo.read?utm\\_source=PI+Briefing+-+english+version\\_8&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=PI+Briefing+-+english+version\\_2021-05-05&uid=10253985&email\\_section=ENWL2-analysis%7CLIST\\_INDEX](https://www.politykainsight.pl/en/business/economicpolicy/2117085,1,what-benefits-does-the-government-expect-from-the-kpo.read?utm_source=PI+Briefing+-+english+version_8&utm_medium=email&utm_campaign=PI+Briefing+-+english+version_2021-05-05&uid=10253985&email_section=ENWL2-analysis%7CLIST_INDEX).



**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

David Gregosz  
Leiter Auslandsbüro Polen  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[david.gregosz@kas.de](mailto:david.gregosz@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)